

Spekulanten sind immer die andern

Das in der 2. Säule (berufliche Vorsorge) angelegte Vermögen beträgt rund 650 Milliarden Franken. Verwaltet wird dieses riesige Vermögen in Vorsorgeeinrichtungen, meist Stiftungen, paritätisch durch Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertreter/innen, wobei letztere von den Arbeitnehmerorganisationen, sprich den Gewerkschaften, gestellt werden können. So auch in der Pensionskasse (PK) Stadt Zürich. Ein seit zehn Jahren direkt durch die Arbeitnehmenden des Sozialdepartements gewähltes Mitglied im Stiftungsrat der städtischen Pensionskasse, Georges Fritz, berichtet über seine Erfahrungen, wie der Stiftungsrat im Spannungsfeld von Rendite und Ethik agiert.

Georges Fritz

Das in der zweiten Säule angesparte Altersguthaben stellt für die meisten Arbeitnehmer/innen den grössten Aktivposten dar. Bis zur Pensionierung häufen sich auf dem individuellen Alterskonto einige Hunderttausend Franken an. Es kann deshalb den Versicherten nicht egal sein, wie ihr Pensionskassenvermögen investiert wird. Die PK Stadt Zürich hat in ihrer Anlagestrategie Richtlinien für die ökonomische, die soziale und die ökologische Nachhaltigkeit formuliert. Auch mir war eine ethisch saubere, sozial und ökologisch nachhaltige Anlagepolitik stets wichtig.

Fragwürdige Anlageinstrumente

Neben den klassischen Anlageinstrumenten (Obligationen, Aktien, Immobilien) hat die PK Stadt Zürich Hunderte Millionen in sog. «alternativen Anlagen» investiert. Diese umfassen Hedge-Fonds, Commodities (Rohstoffe) und Private Equities (nicht börsengängige Beteiligungen an Unternehmen). Diese Anlageformen sind seit Jahren heftig umstritten. Hedge-Fonds tätigen hoch spekulative Termingeschäfte. Die bevorzugten Instrumente sind Leerkäufe bzw.

-verkäufe und Derivate. Hedge-Fonds bewegen sich in der Schweiz in einem unregulierten und unbeaufsichtigten Markt. Sie unterstehen nicht der Finanzmarktaufsicht (FINMA), kennen keine Eigenkapitalvorschriften (wie die Banken), sind intransparent, teuer und risikoreich.

Die angekündigte Fusion von Glencore und Xstrata brachte es wieder ans Licht, dass der Rohstoffhandel eine «schmutzige Branche» ist (TA vom 9.2.2012). Im Bergbau werden die Menschenrechte vielfach massiv verletzt, er geht oft einher mit gewaltigen Umweltzerstörungen. Die Spekulation mit Grundnahrungsmitteln (Weizen, Reis, Soja, Mais, Zucker etc.) hat auf die Ärmsten der Armen in der Dritten Welt dramatische Auswirkungen. Wenn – wie vor einem Jahr geschehen – sich die Preise für Grundnahrungsmittel innerhalb weniger Monate verdoppeln, löst dies Hungerkatastrophen aus. Als ein wesentlicher Preistreiber gilt gemäss Experten die Spekulation. Die Welternährungsorganisation der UNO (FAO) fordert daher eine scharfe Regulierung der Agrarrohstoffmärkte zur Eindämmung der preisverzerrenden Spekulation.

Die wachsende Kritik an der Vereinnahmung der Agrarmärkte durch gewissenlose Finanzjongleure gipfelte anlässlich des diesjährigen WEF in der Verleihung des «Public Eye Award» an den britischen Bankkonzern Barclays für seine «Spekulationen mit Nahrungsmitteln auf dem Buckel der Ärmsten». Alleine im zweiten Halbjahr 2010 seien weltweit 44 Mio. Menschen durch steigende Nahrungsmittelpreise in extreme Armut gedrängt worden. So fordert auch der Thinktank der Gewerkschaften «Denknetz», Finanzprodukte (Derivate) und Geschäfte mit Hebelwirkung, die lediglich der Spekulation dienen, zu verbieten.

Vor diesem Hintergrund stellte ich kürzlich bei der Beratung der neuen Anlagestrategie im Stiftungsrat den Antrag, auf Anlagen in Hedge-Fonds und die Spekulation mit Nahrungsmitteln zu verzichten. Mit meinem Ansinnen

stand ich aber völlig allein da – der Stiftungsrat beschloss sogar im Gegenteil, die Hedge-Fonds-Quote von 7 auf 8 Prozent des Pensionskassenvermögens zu erhöhen. Bei einem Gesamtvermögen von gut 13 Milliarden Franken fließen damit immerhin über eine Milliarde Franken der Pensionskassengelder der Stadt Zürich in die Hedge-Fonds-Industrie.

Aus ausschliesslich ökonomischer Sicht kann es legitim sein, wenn sich eine Pensionskasse dem Zinsdiktat beugt und dabei die Anlageform mit der besten Rendite wählt. Es mag auch noch angehen, dass die PK Stadt Zürich mit ihrem Entscheid gegen ihre proklamierten Grundsätze über ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit handelt. Pikant ist aber, dass jenen acht von 20 Stiftungsratsmitgliedern, die erklärte Sozialdemokrat/innen und/oder vpod-Mitglieder sind, die seit Jahren geübte Kritik an den Hedge-Fonds und der Rohstoffspekulation offenbar nichts anzuhaben vermag! Die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmervertretenden und die von der Arbeitgeberseite delegierten Sozialdemokraten lassen sich auch von einem der besten Kenner unseres Finanzsystems, Rudolf Strahm, nicht beeindrucken, der fordert: «Pensionskassen-Vermögen haben in Hedge Funds, Derivat- und Commodity-Geschäften nichts zu suchen» (CHSS 1/2011) und in einer Kolumne im 'Tagi' dazu aufruft, Hedge-Fonds-Anlagen für zwangsparte Pensions-

kassengelder gesetzlich verbieten zu lassen.

Von ethischen Bedenken abgesehen, machen selbst aus reiner Rendite-Perspektive solche Investitionen keinen Sinn, denn sie sind keineswegs Renditeperlen: Auf den Commodities erlitt die PK Stadt Zürich in den letzten fünf Jahren Verluste von 3,9 % p.a., mit den Hedge-Fonds erzielte sie eine Performance von bescheidenen 2,3 % p.a. – da schnitten sogar die «traditionellen» Anlagen in Obligationen und Immobilien noch besser ab!

Anspruch und Wirklichkeit

Nicht nur die Grundsätze der PK bleiben hohl, sondern die Glaubwürdigkeit der Linken sowie die Parität stehen auf dem Spiel, wenn mit Abnicken der Anlagestrategie durch die Arbeitnehmerseite Geld in undurchsichtige, teure und hochspekulative Geschäfte fließt, die nichts zur Wertschöpfung beitragen – und ethischen, ökologischen und sozialen Standards nicht standhalten.

Man braucht nicht so weit zu gehen wie Genosse Jean Ziegler, der es als ehemaliger UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung wissen muss: «Wer mit Nahrungsmitteln spekuliert und damit Millionen Menschen ins Unglück stürzt, gehört hinter Gitter», doch die Nonchalance, mit der gerade gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmervertreter/innen und Sozialdemokrat/innen das PK-Vermögen anlegen, ist schon erstaunlich.